MLPD Herten
Jürgen Schäuble
Hohensteinstr. 7
45701 Herten

14.11.14

An Frau Sabine Pommerin, Stadt Herten
An die Hertener Allgemeine, Stadtspiegel
An die demokratische Öffentlichkeit in Herten

Offener Brief zur Verweigerung des Stadtteiltreffs Herten für die Studien- und Lesegruppe zum Buch „Katastrophenalarm – Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur“

Sehr geehrte Frau Pommerin,

am 28.10.14 haben wir uns mit einem Protest gegen die Verweigerung des Stadtteiltreffs am Paschenberg und einem offiziellen Antrag an die Stadt Herten auf die sofortige weitere Nutzung dieses Raumes an sie gewandt. Sie haben uns dazu bisher nicht darauf geantwortet.

Unsere Lesegruppe befasst sich regelmäßig 14-tägig mit der in aller Munde befindlichen bedrohlichen Entwicklung der Umweltkrise zu einer globalen Umweltkatastrophe, die die Lebensgrundlagen der Menschheit zu vernichten droht. Viele von uns sind aktiv im Umweltschutz und im Kampf zur Rettung der Umwelt vor der Profitwirtschaft und nehmen damit eine zentrale gesellschaftliche Verantwortung wahr. Selbstverständlich nehmen wir uns dabei auch die Freiheit, der Wurzel dieser Probleme in der kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur auf den Grund zu gehen und über gesellschaftliche Perspektiven zu diskutieren, in denen die Einheit von Mensch und Natur die Leitlinie ist. Warum soll diese Gruppe, die öffentlich und offen für jeden ist, sich nicht mehr im Stadtteiltreff Langenbochum treffen können?

Die Abneigung gegen die Nutzung des Raums durch uns hat antikommunistische Motive. Sie mögen weltanschaulich nicht unserer Meinung sein. Deshalb haben sie aber nicht das Recht, uns politisch zu diskriminieren und die Möglichkeiten der MLPD zur öffentlichen Diskussion und „Mitwirkungspflicht an der Meinungsbildung der Bevölkerung“ einzuschränken.
Sie haben sich die formelle Begründung zu eigen gemacht, dass städtische Räume nicht von politischen Parteien und für politische Veranstaltungen genutzt werden dürften.
Sie werden mir zustimmen, dass die Führung und Verwaltung einer Stadt wie Herten eine hochpolitische Angelegenheit ist und in so gut wie allen Räumen der Stadt Politik gemacht wird. Deshalb ist die Untersagung der Nutzung des städtischen Raums am Paschenberg für politische Veranstaltungen und Organisationen wie uns eine Form der politischen Unterdrückung.
Für die SPD und ihre Repräsentanten stellt sich das natürlich anders dar. Sie bewegen sich selbstverständlich in städtischen Räumen, verbreiten ihre Politik und haben mit ihren ebenfalls steuerfinanzierten Partei- und Fraktionsgeldern bestimmt keine Raumnöte zu beklagen.

In der Trägerschaft der freien Wohlfahrtsverbände war die Nutzung des Raums am Paschenberg durch uns ohne jede Beanstandung möglich und willkommen.

Viele Teilnehmer unserer Gruppe haben im Laufe der Jahre in verschiedener Weise zum Zusammenhalt der Menschen auf dem Paschenberg bei getragen, u.a. mit Nachbarschaftsfeiern

und dem gemeinsamen Kampf gegen die faschistoide PRO-NRW, die sich seither nicht mehr nach Herten traut. Wie kommt die Stadt Herten dazu solchen Bürgern diesen Raum zu verweigern?

Sie verweigern uns die weitere Nutzung dieser Räume zudem unter konstruierten und fadenscheinigen Begründungen. Jedenfalls haben unsere Recherchen den behaupteten „Run“ auf die Räume nicht bestätigt. Versuche unsererseits, Kompromisse mit möglichen weiteren Nutzern zu finden, hat Sie nicht interessiert. Das macht die „Mitmach-Stadt“ Herten zur Farce.

Wir protestieren gegen das bürokratische und unkooperative Vorgehen und werden das nicht hin nehmen. Dabei geht es nicht nur um uns, sondern überhaupt um das demokratische Recht auch für andere Gruppen, Parteien und Initiativen, einen solchen öffentlichen, aus Steuergeldern finanzierten Raum zu nutzen – natürlich unter Ausschluss von religiösen Fanatikern und faschistischen Kräften.

Ich möchte hiermit öffentlich dazu auffordern, den Raum am Paschenberg für die Studiengruppe zum Buch „Katastrophenalarm! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur“ zur Verfügung zu stellen und städtische Räumlichkeiten für politische, kulturelle und gesellschaftliche Diskussionen - ob von Initiativen, Gruppen oder Parteien - zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Schäuble, MLPD Herten